

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8

Juli/August 1988

5 Schilling

Chile nach 15 Jahren Diktatur

Stürzt General Pinochet über ein „NEIN“ beim Plebiszit?

Mit der Parole „Ich oder das Chaos“ bestreitet der „Capitan General“ Augusto Pinochet U., selbsterannter Präsident Chiles seit dem blutigen Militärputsch des 11. September 1973, seinen „Wahlkampf“. Pinochet hat den Besuch des Papstes im April vergangenen Jahres dazu genutzt, einen Propagandafeldzug zu starten, wie ihn das Land bisher noch nicht erlebt hat. Dessen einziges Ziel ist es, das Weiterbestehen des Regimes mit ihm an der Spitze sicherzustellen. Nach fünfzehn Jahren Militärdiktatur stellt er sich als offizieller Kandidat erstmalig einer Volksabstimmung. Einem Plebiszit, das er zwar selber wollte, das aber — so wie es aussieht — trotz aller Vorteile für ihn nicht zu gewinnen sein wird. Das signalisieren nicht nur die Meinungsumfragen.

Innenminister Sergio Fernandez bekräftigte Ende Juli zum wiederholten Male den „entschiedenen, klaren und kategorischen Willen“ des Staatsoberhauptes, das Land im Rahmen der seit dem 11. März 1981 geltenden Verfassung „zu einer vollständigen Demokratie zu führen“. Fernandez weiß, wovon er spricht, ist er doch nicht nur einer der engsten zivilen Mitarbeiter des „Capitan General“, sondern auch und vor allem zu dem Zweck vor einem Jahr wieder ins Kabinett geholt worden, die Verfassung von 1980 umzusetzen, „so wie sie geschrieben ist und Punkt“. Der amtierende Innenminister war wesentlich an der Ausarbeitung dieser Verfassung beteiligt, die am 11. September 1980 in einer plebiszitären Farce ohne Wählerregister und unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes — in Österreich war zu diesem Zeitpunkt der Verkauf der Steyr-Panzer auch deswegen bereits negativ

beschrieben worden — gegen den Protest der Opposition durchgepeitscht wurde.

Wir sagen NEIN

Doch seit dem Plebiszit 1980 sind in Chile die politischen Strukturen in Bewegung geraten. Spätestens seit dem Beginn des Massenwiderstandes im Frühjahr 1983 hat sich die politische, gewerkschaftliche und soziale Opposition Freiräume erkämpft, die ihr auch jetzt zustatten kommen. Entgegen allen Spaltungsversuchen seitens der Diktatur war in den fünfzehn Jahren der Militärdiktatur die Einigkeit der zum Großteil immer noch verbotenen Parteien noch niemals so groß wie heute angesichts eines Plebiszits, das Anfang Oktober über die Präsidentschaft der nächsten acht Jahre entscheiden soll.

Die Ablöse der Diktatur soll mit einem Sieg des NEIN beim Plebiszit



Ende Juli 1988 in Santiago: Die Opposition gegen Pinochet zeigt Flagge. „No“ — „Nein“ zu Pinochet bei den Präsidentschaftswahlen.

eingeleitet werden. Sowohl die Parteien des Zentrums und der Rechten wie die in der Izquierda Unida (IU) zusammengeschlossenen Parteien der Linken haben sich mehrheitlich auf diese Strategie geeinigt. Dies ist gleichzeitig der kleinste politische Nenner, denn während das Zentrum, allen voran dessen treibende Kraft, die Christdemokratische Partei (PDC), nach wie vor an einer Verhandlungslösung mit den Militärs festhält, vertritt die Linke weiterhin das Konzept eines völligen Bruches mit der Diktatur und ihren Institutionen mit Hilfe der Mobilisierung der Massen.

So arbeiten insgesamt drei politisch unterschiedlich zusammengesetzte Kommandos für das NEIN. Jeder der mehr als acht Millionen wahlberechtig-

Fortsetzung auf Seite 2

Bundeshauptversammlung 1988 des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

4. und 5. November 1988 in Wien

Haus der Begegnung, 21, Angerer Straße 14
Beginn: 4. November, 9 Uhr

Anträge und Resolutionen können bis spätestens 15. Oktober 1988 eingereicht werden.

Fortsetzung von Seite 1

ten Chilenen mußte sich in die im vergangenen Jahr neugeschaffenen Wählerregister eintragen lassen (über sieben Millionen haben sich tatsächlich eingetragen), was mit für Chile sehr hohen Kosten zwischen zwei und dreieinhalb US-Dollar pro Person verbunden ist. Die Widersprüchlichkeit dieses Eintragungsverfahrens und der Teilnahme am Plebiszit war lange heftig umstritten. Sie veranlaßte den mehrfach mit internationalen Preisen ausgezeichneten Chefredakteur der Zeitschrift „Analysis“, Juan Pablo Carde-



Nach 15 Jahren reif zur Ablöse: Chiles Diktator General Augusto Pinochet.

nas, noch im Frühjahr dieses Jahres zu der Feststellung, es gebe keinen Zweifel daran, „daß der kürzeste, einfachste und klarste Weg, Pinochet und seinen Alptraum von Regierung zu stürzen, die massive, friedliche und gewaltfreie Enthaltung des Volkes bei diesen Wahlen sowie seine Weigerung sein müßte, sich in die Wahlregister einzuschreiben und den politischen Spielregeln zu folgen. Wenn wir Chilenen uns nicht eingeschrieben hätten, wenn dies nur der enge Kreis der Anhänger des totalitären Regimes getan hätte, wären die Diktatur und ihre Verfassung — ohne größeren Aufwand und soziale Kosten — völlig isoliert. Auch ihren Versuch, sich zu verewigen, hätte man in tausend Scherben zerschlagen und die Widersprüche unter den Regierenden vermerkt.“³

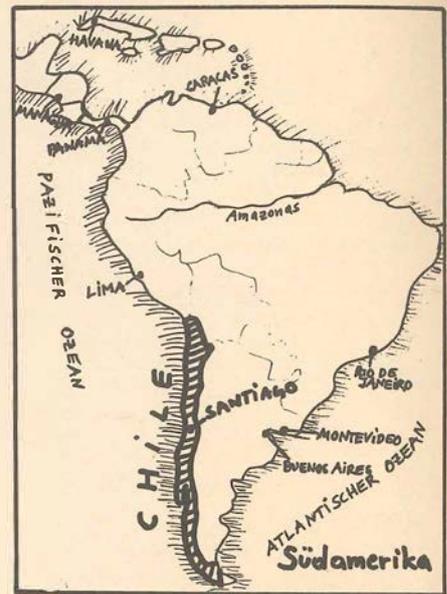
Dem politischen Projekt der Militärs ist der Kampf angesagt. Das machten dreizehn der Oppositionsparteien mit ihrem Aufruf vom 2. Februar deutlich, in dem es heißt, daß „das Volk mit seinem NEIN Pinochet, das Regime und seine institutionellen Pläne stürzen wird“.⁴ Die Tatsache, daß sich siebzehn Parteien, die Sozialistische (Almeyda) und Kommunistische Partei (PC) als stärk-

ste Kraft der Linken eingeschlossen, der Strategie des NEIN verpflichtet haben, macht die Regierung zusehends nervöser. Bisherige Meinungsumfragen (sieht man von umstrittenen Umfrageergebnissen ab) sehen das NEIN mit großem Abstand vor der Unterstützung des offiziellen Kandidaten in Führung. Dazu kommt, daß die Regierung und ihre Parteigänger bislang keine einzige Wahl für sich entscheiden konnten. Weder in den Berufsvereinigungen, noch in den politisch traditionell sensiblen Universitäten des Landes und schon gar nicht in den Gewerkschaften. Und an Wahlen in diesen Körperschaften ist Chile wahrhaftig nicht arm.

Unter Ausnutzung des gesamten Staatsapparats sind Pinochet und sein gesamtes Kabinett zur Verteidigung der Verfassung von 1980 angetreten, die, wie etwa deren Mitautor und starke Mann des Regimes, Innenminister Fernandez, erklärte, „die Basis für ein unzweifelhaft demokratisches System sichert“, während man sich in den Reihen des Zentrums wie der Linken in deren Ablehnung einig ist. Selbst der derzeitige Vorsitzende der Christdemokraten und ehemalige Befürworter des Putsches, Patricio Aylwin, hat für solche Ansichten nur Spott übrig, wenn er sagt: „In dieser Verfassung gibt es keine Demokratie, sie segnet eine Präsidentschaftsdiktatur unter der Bevormundung des Militärs ab.“⁵

Der Plan der Institutionalisation

Wie es aussieht, hat sich Pinochet mit der Verwirklichung seiner Verfassung in unüberwindliche Schwierigkeiten gebracht. Für ihn ist die Durchset-



zung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Regimes eine *conditio sine qua non*. Und deshalb seine Verbissenheit, denn „in der Militärwissenschaft bedeutet die Änderung einer Zielsetzung einen gravierenden Irrtum. Ein grundsätzliches strategisches Prinzip lehrt, daß man sein Ziel klar erfassen und beibehalten soll, geschehe, was geschehe.“⁶

Ein Abrücken von seinem Ziel, in Chile eine „geschützte Demokratie“ zu schaffen, wäre für Pinochet tatsächlich gleichbedeutend mit dem Scheitern seines Projekts, das ein führender Militär nach dem Putsch einmal damit umschrieben hat, die Verwirklichung des Sozialismus in diesem Land auf Jahrzehnte hinaus unmöglich zu machen.

Der Politikwissenschaftler Francisco Estevez präzierte den Plan der Insti-



Das Gesicht der Diktatur: Wasserwerfereinsatz gegen Demonstranten in Santiago.



tionalisierung mit der Darstellung des folgenden Szenarios: „Die Strategie des Regimes ist es, den autoritären Staat auch nach 1989 aufrechtzuerhalten. Ein großer Teil dieser Arbeit ist bereits bewältigt worden. Die grundlegenden Institutionen des Staates sind unter Kontrolle. Die Repräsentanten, die die höchsten Posten in diesen Institutionen einnehmen, sind bereits bestellt. Welche Personen werden die Streitkräfte führen? Gemäß der Verfassung sind die derzeitigen Oberkommandierenden oder ihre Nachfolger bis 1997 nicht absetzbar. Die höchsten Repräsentanten der Justiz, die Richter des Obersten Gerichtshofes, sie alle sind auf Lebenszeit bestellt. Der Verfassungsgerichtshof, der seine Arbeit im nächsten Jahrzehnt aufnehmen wird, ist bereits konstituiert. Drei der sieben Mitglieder werden bis 1993 im Amt sein und vier werden 1989 nominiert werden, bevor der Senat seine Arbeit aufnimmt. Der Nationale Sicherheitsrat ist ebenfalls festgelegt. Der Vorsitzende des Rechnungshofes der Republik? Gemäß Verfassung von 1980 ist er unabsetzbar, bevor er sein 75. Lebensjahr erreicht hat. Sehen wir uns an, welches Alter der derzeitige oberste Rechnungsprüfer des Staates hat: 63 Jahre. Demzufolge ist er bis 1999 nicht absetzbar.“⁷

Diktatur oder Demokratie

Verliert Pinochet das Plebiszit, so müssen innerhalb eines Jahres freie Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Bis dahin bliebe er im Amt. Danach bliebe er als Oberkommandierender der Armee und damit der stärksten Waffengattung Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, einer Institution, der die Verfassung entscheidende staatspolitische Kompetenzen einräumt. Daß er dazu noch Ehrensensatorwürde, mag demgegenüber als Pointe angehen.

Jegliche hinkünftige Regierung müßte sich also nicht nur mit den Militärs arrangieren, sondern auch deren politisches Projekt mittragen, das aus Chile in fünfzehn Jahren mit Hilfe der internationalen Finanzoligarchie und der nationalen Finanzclans ein zutiefst zerrissenes und polarisiertes Land gemacht hat. Alleine die sozialen Folgen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verdeutlichen diese Spannungen. Nicht nur, daß fünf von zwölf Millionen Chilenen an der Armutsgrenze leben, die Arbeitslosigkeit an die 20 Prozent, in manchen Regionen der Hauptstadt 70 Prozent und mehr beträgt, eine Million Wohnungen fehlt, ist Chile heute mit einer Auslandsverschuldung von 20 Milliarden US-Dollar eines der höchstverschuldeten Länder der Welt, gemessen an der Pro-Kopf-Verschul-



Das Gesicht der Diktatur: Polizei bewacht verhaftete Studenten in einem Schulhof in Santiago.

dung. Dazu lebt immer noch mehr als eine Million Chilenen im Exil.

Die Militärregierung hat bisher jedes Diktat ihrer Geldgeber, allen voran des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), akzeptiert, das Land gilt als einer der zuverlässigsten Schuldenzahler. Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik jedoch für die große Masse der Chilenen könnte selbst nach Meinung führender Ökonomen nur unter den Rahmenbedingungen einer Kriegswirtschaft stattfinden und müßte mit einem enormen Konfliktpotential fertig werden.

Wie unter diesen Bedingungen eine Demokratisierung aussehen sollte, ist somit derzeit noch schwer absehbar. Die Warnungen aber sind heute schon unüberhörbar: „Die, die die Pläne der Institutionalisierung, wie sie in der Verfassung des NEIN vorgesehen sind,

nicht akzeptieren, werden die Waffengewalt kennenlernen, genauso wie es denjenigen ergangen ist, die sich 1973 an den Rand der Gesetze gestellt haben“, tönte im März eine deutlich vernehmbare Drohung aus dem Kabinett des Militärintendanten der Region Süd. Sein Kabinettschef, Gerardo Alvarez, hatte damit wohl nur das ausgesprochen, was sein oberster Herr denkt.⁸

Und während die Opposition noch für die Rahmenbedingungen des Plebiszits kämpft — Aufhebung der Ausnahmezustände, Zugang zu den Medien, insbesondere zum Fernsehen, und Zulassung internationaler Beobachter beim Plebiszit —, verstärkt die Regierung den Terror. Allein im März fanden in den Elendsvierteln der Hauptstadt mehr als 400 Razzien statt,

Fortsetzung auf Seite 7



Zeichen der Ermütigung an einer Mauer in Santiago: „Wir haben soviel verloren, verlieren wir heute die Angst.“

Die „Kärntner Nachrichten“ und das Gedenkjahr 1988

Unter diesem Titel veröffentlichte Brigitte Bailer-Galanda in den „Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung“ eine Studie über die bereits mehrfach zu kritischen Auseinandersetzungen Anlaß gebende Zeitung der Kärntner Landesorganisation der FPÖ. Wir wollen daraus das Kapitel „Die ‚Kärntner Nachrichten‘ und der ‚Anschluß‘“ wiedergeben:

Am 18. Februar begann in den „Kärntner Nachrichten“ eine dem Gedenkjahr gewidmete Serie „Der Anschluß 1938 — Wie war es wirklich“, deren Zweck folgendermaßen beschrieben wird:

„Als kleines Gegengewicht zum medialen Trommelfeuer, welches die Ereignisse, die vor 50 Jahren über Österreich hereinbrachen, zumeist tendenziös darstellt, soll diese Artikelserie das Geschehen und seine Hintergründe aus nationalliberaler Sicht darstellen“ („Kärntner Nachrichten“, 18. Februar 1988).

Entgegen ihrem Titel geht die Serie nicht auf die schrecklichen Folgen des „Anschlusses“ für Hunderttausende Österreicher ein, sondern beschränkt sich darauf, dieses Ereignis als dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechend darzustellen:

„Die geschichtlichen und volkspolitischen Wurzeln der Anschlußbewegung wurden dargestellt. Wenn nun über die wirtschaftlichen geredet wird, dann nicht, um ‚mildernde Umstände‘ zu beschwören, weil der Anschluß von 1938 von der jüngsten Zeitgeschichtsschreibung der Sieger und ihrer Mitläufer im nachhinein kriminalisiert wurde. (...) So war der Anschluß für beinahe ein- einhalb Millionen Österreicher damals gleichbedeutend mit der Hoffnung auf Brot, menschenwürdiges Leben und Zukunft für die Jugend. Die vielgelobten Gold- und Devisenschätze der Oesterreichischen Nationalbank, die Hitlers Appetit auf die ‚Ostmark‘ so angeregt haben sollen, vermochten das Massenelend offenbar nicht zu lindern“ („Kärntner Nachrichten“, 25. Februar 1988).

„Es gibt Hinweise darauf, daß nach der fünfjährigen Ständestaatdiktatur mit ihren Todesurteilen, Bürgerkriegen, Konzentrationslagern und politischen Flüchtlingen Unruhen befürchtet wurden und man solchen von allem Anfang an durch das Einrücken der deutschen Wehrmacht den Boden entziehen wollte“ („Kärntner Nachrichten“, 3. März 1988).

Eine besonders einseitige Betrachtung des „Anschlusses“ bringt die freiheitliche Klubobfrau im Kärntner Land-

tag, Kriemhild Trattinig, den Lesern zur Kenntnis. Trattinig, die im vergangenen Jahr als Referentin bei einer Veranstaltung der rechtsextremen „Aktionsgemeinschaft für Politik“ auftrat, befaßt sich in mehreren Beiträgen mit dem Jahr 1938. Den Artikel „1938 — Ursache und Wirkung“ stützt sie ausschließlich auf eine nationalsozialistische Zeitung aus dem Jahr 1938:

„In der Zeitung ‚Mitteilungen der Kärntner Bauernschaft‘ vom 9. April

„Mißgeburt“

Als hätte es noch eines Beweises für seine Denkungsart bedurft, bezeichnete FPÖ-Obmann Haider am 18. August im TV die österreichische Nation als „ideologische Mißgeburt...“

1938 bekommt der Leser wertvolle Einsichten in die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse jener Zeit (...). Auf Seite 7 dieser Bauernzeitung erfährt der Leser, daß es für die österreichische Landwirtschaft für das Jahr 1938 die gewaltige Reichshilfe von 54,7 Millionen Schilling gab, während der Vorschlag der Regierung Schuschnigg für dieselbe Maßnahme in Österreich nicht einmal 3 Millionen Schilling betrug. (Von den 32.700 Bauern waren

16.200 stark verschuldet beziehungsweise von der Versteigerung bedroht.) Diese Zeilen sind angesichts der unter dem Schlagwort ‚Vergangenheitsbewältigung‘ betriebenen Geschichtsfälschung und einseitig ausgerichteten Schuldzuweisung und der damit verbundenen Verdummung und Umerziehung der Jugend beziehungsweise des ganzen Volkes nicht zu entkräftigende Dokumente der tatsächlichen Verhältnisse in den dreißiger Jahren beziehungsweise der Einstellung größter Teile der Bevölkerung zum Anschluß“ („Kärntner Nachrichten“, 17. März 1988).

Der Autor verschweigt, daß die zitierten Goldschätze der Oesterreichischen Nationalbank als Folge einer nicht zielführenden Wirtschaftspolitik angehäuft wurden und vom „Dritten Reich“ dringend für die Golddeckung der Reichsmark benötigt wurden. Die Serie selbst berührt außer in ironisierender Weise nie die Motive, die seitens Hitlers den „Anschluß“ begründeten. Die Märztage selbst schildert die Serie folgendermaßen:

„Die österreichische Bevölkerung begrüßte die deutschen Truppen mit ungeheurer Begeisterung. Der ‚Führer und Reichskanzler‘ betrat seine österreichische Heimat am 12. März unter grenzenlosem Jubel. Eine Welle von Begeisterung überschwemmte das ganze Land und muß im nachhinein als eine erste ‚Abstimmung mit dem Herzen‘ gewertet werden“ („Kärntner Nachrichten“, 3. März 1988).

Verfassungsgericht: NDP neonazistisch

Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Erkenntnis festgestellt, daß die NDP Ziele verfolgt, die dem Verbotsgesetz und dem Staatsvertrag von Wien 1955 widersprechen. Mit diesem Erkenntnis hat der Verfassungsgerichtshof bestätigt, was die Sozialistischen Freiheitskämpfer und mit ihnen alle aufrechten Antifaschisten immer schon gesagt haben: Die NDP verfolgt eindeutig neonazistische Ziele, ihr Programm steht in krassem Gegensatz zur österreichischen Verfassung und zu den einschlägigen Gesetzen.

In dem Erkenntnis (Zahl B 682/86 vom 3. März 1987) wird unter anderem darauf hingewiesen, daß das NDP-Programm von einem biologisch-rassistischen Volksbegriff ausgeht. Das NDP-Programm „entspricht schon deshalb in Kernpunkten nationalsozialistischer Ideologie“, heißt es in dem Erkenntnis. Typisch nationalsozialistisches Ge-

dankengut stelle es auch dar, daß die NDP die Kastration von Triebtätern und vorbeugende erbgesundheitliche Maßnahmen fordert. Das NDP-Programm enthalte auch das Verlangen nach „Rückgabe der 1945 geraubten und besetzten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse“ sowie nach „Erhaltung der deutschen Volkseinheit“ und nach dem „Schutz des bedrohten Lebensraumes des deutschen Volkes“. Diese Forderungen bedeuten eine, nach dem Staatsvertrag verbotene, großdeutsche Propaganda.

Das Innenministerium, geht aus den Erläuterungen des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes hervor, habe zu Recht angenommen, daß die NDP durch Hinterlegung der Satzung beim Ministerium nicht Rechtspersönlichkeit nach Paragraph 1 des Parteiengesetzes erlangt hat.



Ausstellungskatalog „Wien 1938“ zum Sonderpreis

Mitglieder unseres Bundes können den reich illustrierten und umfangreichen Katalog der großen Ausstellung im Wiener Rathaus „Wien 1938“ zum Sonderpreis von 100 Schilling erhalten. Bestellungen sind bitte an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, zu richten.

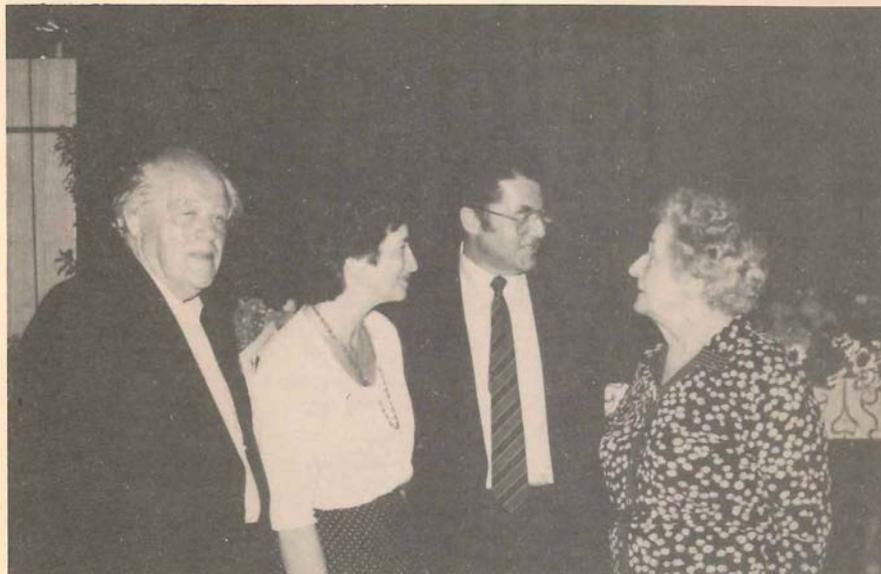
„Skinheads“

Schlagzeilen und Kommentare in österreichischen Medien beschäftigen sich in letzter Zeit ausführlich mit rechtsextremen Erscheinungen unter Jugendlichen — den „Skinheads“. Einer unter ihnen ist der im Juni 1988 verhaftete Ernst Heurteur. Bereits 1986 trat er in dem sattem bekannten rechtsextremen Pamphlet „Halt“ als „Generalsekretär“ der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“ auf. Damals meinte er in so richtig „demokratischer Art“ über Genossen Blecha: „Mit Genossen Blecha werden wir schon fertig. Es ist ganz wurscht, ob er wo dagegen ist oder nicht. Er fragt ja auch nicht, wer aller gegen ihn ist. Meine Freunde vom Rapid-Anhang sind alle gegen den Genossen Blecha. Er gehört rausgeschmissen aus der SPÖ und nach Sibirien geschickt oder nach Dallas zu seinen alliierten Kontaktleuten. Mit solchen Ausländerfreunden kann man die SPÖ nicht erneuern, sondern ihr nur das Grab schaufeln.“ Gegen den rechtsextremen Aktivist Heurteur laufen derzeit zwei Verfahren: Er beteiligte sich im Juni 1988 an Angriffen auf Studenten auf der Wiener Donauinsel, und er hat jene Rauchbombe gebastelt, die anlässlich des Märzgedenkens 1938—1988 am Wiener Rathausplatz gezündet werden sollte.

Rechtsextreme Leugnung der Naziverbrechen

Unglaubliche Behauptungen aus der rechtsextremen Sudelküche kennzeichnen die letzten Ausgaben von „Halt“. Alle Opfer des Faschismus beleidigende Balkenüberschriften wie „Auschwitz wankt“ oder „Mauthausenbetrug amtsbekannt“ finden wir in dem Blatt der „Volksbewegung“ (Vorsitzender: Gerd Honsik), das unserer Meinung nach eindeutig nach dem Verbotsgesetz zu ahnden ist. Immer wieder tritt in diesem Zusammenhang ein Emil Lachout aus Wien auf. Wieder einmal ersuchte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstan-

Otto Bauer hat uns auch heute noch viel zu sagen



Bei einer gutbesuchten Veranstaltung „Otto Bauer und die Gegenwart“ im Wiener Kongreßhaus, zu der der Wiener Bildungsausschuß der SPÖ, der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, die Alt-SAJ, Sozialistische Jugend, Junge Generation, Otto-Bauer-Kreis und die sozialistischen Eisenbahner eingeladen hatten, wurde am 30. Juni 1988 des 50. Todestages von Otto Bauer gedacht, der am 4. Juli 1938 in Paris an Herzversagen gestorben war. Genosse Josef Hindels und der stellvertretende Parteivorsitzende Klubobmann Dr. Heinz Fischer hielten die Gedenkansprachen.

Unser Bild zeigt (von links nach rechts) Josef Hindels, Helena Lanzer-Sillén, Enkelin von Otto Bauer, Dr. Heinz Fischer und Rosa Jochmann (Foto: Ernest Pollak).

Die geistige Größe Otto Bauers bestand darin, daß er trotz aktiver Teilnahme an der Tagespolitik über die Gegenwart hinaus gedacht und wertvolle Beiträge zur Theorie des Sozialismus geleistet hat. „Dieser große Denker des Austromarxismus hat uns daher, wenn es um Grundsatzfragen geht, noch immer viel zu sagen“, erklärte Genosse Hindels in seiner Gedenkansprache.

Gesinnung notwendig

Hindels verwies darauf, daß die SPÖ nach Otto Bauers Ansicht Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft zu sein hat. Sie muß die täglichen Interessen der arbeitenden Menschen vertreten, um soziale Verbesserungen kämpfen, aber gleichzeitig zur Gesinnungsgemeinschaft werden, die ihre Anhänger mit sozialistischer Ideologie durchdringt. „Eine sozialistische Praxis erfordert in allen Situationen sozialistische Gesinnung.“ Nur mit dieser können die arbeitenden Menschen dazu erzogen werden, ihre Sonderinteressen zurückzustellen und die großen historischen Zusammenhänge zu erkennen. Eine sozialistische Gesinnung verhindert auch die Entsolidarisierung, die damals wie heute zu den größten Gefahren gehört, betonte Hindels.

weise angehören auch schon bekannter Emil Lachout als Zeuge für Zündel aufgetreten sein. Auf der Seite 4 wird unter dem Titel ‚Die Kollaboration schlägt zurück‘ ebenfalls über Lachout berichtet.“

Immer in uns und bei uns

Genossen Robert Blau zum Gedenken

Unser Bund setzt sich zusammen aus Genossen und Genossinnen, die aufrecht durch die „Zeit ohne Gnade“ gegangen sind, und jeder Einzelne könnte „und sollte“ über den grausamen Weg, den er gehen mußte, nicht versäumen, seine Erlebnisse wiederzugeben. Zuerst jene mit dem Mörderregime Dollfuß, jenem christlichen Kanzler, der in einem Brief an Mussolini versicherte, daß er mit aller Macht gegen die Sozi vorgehen wird. (Das hat er auch getan, und er ließ elf Genossen am Galgen anknüpfen — dann folgten die Massenmorde.) Es ist unsere Aufgabe, nicht müde zu werden, und wir müssen immer wieder aufzeigen, was unter dem Zeichen des Kreuzes an uns verbrochen wurde.

Es war Genosse Robert Blau, der in keiner seiner so vielen klugen und vom Sozialismus durchglühten Reden vergaß darauf hinzuweisen, was uns in jener Zeit geschehen ist.

Das mußten wir voranstellen und immer wieder darauf hinweisen, wie hart und schwer in jener Zeit unsere Arbeit für den Sozialismus, also für eine „gerechte Welt für alle Menschen und alle Völker“ getan werden mußte.

Unser Robert war ein Waisenkind, aber er hatte das Glück, eine sorgenlose Kindheit durchleben zu können. Der über sein Alter hinaus aufgeweckte Knabe fand das Gefallen eines gutsituierten Ehepaares, und diesem müssen wir dankbarst gedenken, denn gewiß hat ihm dieser Rückblick auf seine Kindheit immer wieder Kraft gegeben, das Schwerste zu ertragen.

Robert lebte mit seiner geliebten Frau Martha in einer glücklichen Ehe, aber dann kamen die Mörderhorden, und immer dachte ich, daß mir „kein Leid fremd ist“. Aber wenn ich seiner geliebten Frau Martha zuhörte, da wurde mir bewußt, daß nichts dem gleichkommt, was unsere jüdischen Freunde und überhaupt das jüdische Volk an Leid ertragen mußte, und wir werden später diesen Leidensweg von Robert und Martha in einem anderen Zusammenhang festhalten.

Unser Robert wurde von der Gestapo verhaftet, und so wie es üblich war, wurde alles beschlagnahmt, also

mitgenommen, was Robert von seinen Pflegeeltern geerbt hatte. Das waren Kostbarkeiten, die er und Martha in dankbarem Gedenken an die Pflegeeltern aufbewahrten, davon konnten sie sich nicht trennen.

Dann aber kam die Gestapo, und alles was sie in ihrem Besitz hatten wurde mitgenommen und Robert verhaftet.

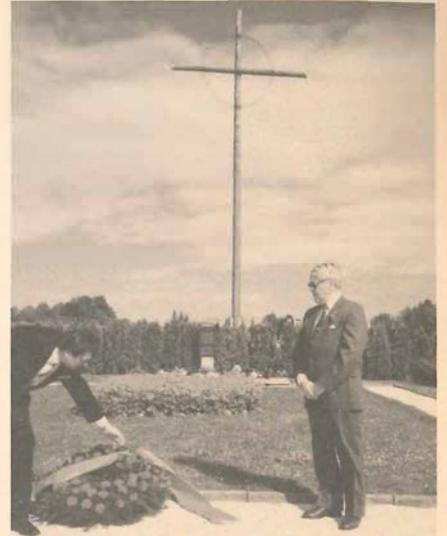
Martha wurde zur Gestapo vorgeladen, und man machte ihr den Vorschlag, sich von dem Juden scheiden zu lassen, dann würde sie alles zurückbekommen und unbehelligt bleiben, denn es wäre eine Schande, als Christin mit einem Juden zusammenzuleben.

Martha hat dies strikte abgelehnt — all das sollten sie behalten, aber sie wollte ihren Mann wiederhaben, der der beste Mensch sei, der allen Menschen nur Gutes getan hatte, und all die Kostbarkeiten bedeuteten ihr nichts, und auf keinen Fall würde sie sich scheiden lassen. Also wurde Martha auch verhaftet, und beide kamen ins KZ.

Es war ein Priester, der sowohl Robert als auch seiner Frau Martha die Flucht ermöglichte, und diesem Priester haben wir auch zu danken.

Diesen Weg zu beschreiben ist hier nicht möglich, aber der Weg darf nicht verlorengehen, er ist ein Beweis dafür, daß sich immer wieder Menschen fanden, die ihnen diese Flucht ermöglichten, bis sie in Sicherheit waren und glücklich nach Beendigung dieser grauenhaften Zeit in die Heimat zurückkommen konnten.

Dieser Fluchtweg allein ist ein grausames Detail, denn wenn auch viele



Genosse Robert Blau im Herbst 1987 in Lidice.

Menschen geholfen haben — neben dem Priester —, so waren es doch qualvolle Stunden, ehe sie frei waren.

Niemals hat Robert in unseren Situationen — und er war ein nicht wegzudenkender Funktionär, dem wir, der Bund der Freiheitskämpfer, viel verdanken, denn er stellte jeden Juristen in den Schatten und wäre ein wunderbarer Justizminister geworden —, niemals hat er auf diesen Leidensweg hingewiesen, ihm erschien alles selbstverständlich, und seine Mahnung war immer und immer wieder, nicht darauf zu vergessen, daß wir alle Kraft einsetzen müssen, um der Gefahr von rechts zu wehren.

Für uns, für seine Freunde, aber



Am Wort: Genosse Robert Blau bei der Bundeshauptversammlung unseres Bundes 1986 in Schwechat.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet: Herbert Exenberger, Josef Hindels, Anne Kohn-Feuermann, Leo Lesjak, Hugo Pepper, Johannes Seitner, Hans Waschek.



auch für viele Menschen, denen er helfen konnte — und er hat vielen geholfen —, ist Robert nicht tot, wir können ihn nur nicht sehen, wir können ihn nicht sprechen hören, nicht auffordern — wie wir das immer wieder getan haben —, bei den verschiedensten Gelegenheiten das Wort zu ergreifen, aber bei unserer Arbeit begegnen wir immer wieder der Tatsache, daß er es war und ist und bleibt, der viele Gesetzesänderungen bezüglich des Opferfürsorgegesetzes beantragt und durchgeführt hat, und man mußte sein frohes Gesicht sehen, wenn uns wieder eine Verbesserung gelungen ist.

Robert war längst krank und er wußte es, aber er schonte nicht sich und sein Herz, das zwar durch seine Martha, aber auch durch unsere Freundschaft viel Freude erlebte. Er hatte zu viel unsägliches Leid erlebt, und so fiel ihm die Fahne, die er durch sein ganzes Leben hindurch getragen hat, aus der Hand, und es kam so unaufbar rasch, daß — jetzt viele Monate nachher — wir uns der Hoffnung hingeben, daß Robert nicht wußte, daß es ein Abschied für immer ist.

Martha hat ihren geliebten Mann verloren, den besorgten Gatten in jeder Phase seines Lebens, wir einen Funktionär und Freund, den wir in unseren Herzen tragen im dankbarsten aber auch leidvollstem Gedenken, denn Robert ist immer in uns und bei uns.

Wir haben Martha in unsere Freundschaft eingeschlossen für immer. Solange ein Atem in uns ist, werden wir in trauriger aber auch dankbarer Erinnerung an Genossen Blau denken.

Rosa Jochmann

Fortsetzung von Seite 3

die Morddrohungen gegen exponierte Politiker, Gewerkschafter, Journalisten und Künstler mehren sich.

Doch bei allem Gerede der Regierung um Demokratie ist es der Staatsoberhaupt höchstpersönlich, der unterstreicht, was er darunter versteht: „Ein Sieg des NEIN würde den sofortigen Stillstand jeglicher produktiven, finanziellen und geschäftlichen Aktivität des Landes bedeuten.“⁹ Die Drohung ist unmißverständlich, denn wie lautet die Warnung Pinochets? Ich oder das Chaos ...

¹ Inter Press Service (IPS) am 27. 7. 1988

² Interview mit „El Mercurio“ am 8. 3. 1987

³ ANALISIS Nr. 233/1988

⁴ Aufruf vom 2. 2. 1988 (unterzeichnet von: Patricio Aylwin / Partido Demócrata Cristiano, Clodomiro Almeyda / Partido Socialista, Fernando Avila / MAPU O. C., Victor Barrueto / MAPU, Fernando Luengo / Partido Radical, Luis Maira / I. C., Amador Navarro / Partido Socialdemocrático, Ricardo Nuñez / Partido Socialista, Wolfgang Prieur / Partido Democrático Nacional, Tomas Saenz / Partido Humanista, Enrique Silva C. / Partido Radical, Ramón Silva / Partido Unión Socialista Popular, Hugo Zepeda / Partido Unión Liberal Republicana

⁵ ANALISIS vom 22. bis 28. 2. 1988

⁶ „El Mercurio“ vom 8. 3. 1987

⁷ ANALISIS vom 3. bis 9. 2. 1987

⁸ ANALISIS vom 7. bis 13. 3. 1988

⁹ IPS vom 7. 6. 1988

Eduard Schlesinger gestorben

Eduard Schlesinger, Obmann der Bezirksgruppe Hietzing des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, ist am 13. Juli 1988, kurz vor seinem 85. Geburtstag, verschieden.



Am 25. Juli 1903 geboren, ist er mit einer doppelten Hypothek als proletarisches und jüdisches Kind in der Wiener Leopoldstadt aufgewachsen. Wie sein Vater gehörte er der Kinderfreunde-Organisation an, wurde früh, 1920, Mitglied der Sozialdemokratie, war Gewerkschafter und schloß sich dem Republikanischen Schutzbund an.

Als gelernter Zolldeklarant verdiente er seinen Lebensunterhalt als Handelsangestellter. Die tristen wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen ihn, zwischen 1917 und 1938 zwölfmal den Arbeitsplatz zu wechseln, und in derselben Zeit war er mehrmals, insgesamt fast sieben Jahre, arbeitslos.

Nach dem Februar 1934 bekannte er sich in der Illegalität zum Sozialismus und war 1938 gezwungen, seine Heimat zu verlassen. Nachdem ihm die Flucht in die Schweiz mißglückt war, gelang es ihm, über die CSR und Polen in einer länger als ein halbes Jahr währenden Odyssee Großbritannien zu erreichen, wo er sich mit Kriegsausbruch zur Armee meldete.

In der Ardennenschlacht, in der Ende 1944 Hitler letztmals versucht hatte, die Initiative zurückzugewinnen, wurde Schlesinger als alliierter Soldat verwundet. Seine Eltern waren mittlerweile im KZ Theresienstadt getötet worden, und seine beiden Schwestern blieben im niederländischen Exil verschollen.

1946, nach der Rückkehr nach Wien, fand Schlesinger einen Arbeitsplatz in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, wo er bis zum Ruhestand wirkte.

Seine politische Tätigkeit entfaltete er im Bezirk Hietzing, wo er zeitweilig

als Obmann der Sektion 2 — in der einst der große Jurist und Humanist Heinrich Steinitz tätig gewesen war — und als Bezirksrat für die Sozialistische Partei arbeitete. Schließlich folgte er dem Genossen Schachter als Obmann der Bezirksgruppe der Sozialistischen Freiheitskämpfer, eine Funktion, die er über drei Jahrzehnte ausfüllte. Dem Vorstand der Freiheitskämpfer gehörte er als gewissenhafter politischer Chronist in der Funktion eines Schriftführers an. Bis zuletzt war er mit der Vorbereitung der diesjährigen Bundeshauptversammlung befaßt.

Seine konsequente antifaschistische Einstellung ließ ihn dort zum unerbittlichen Kritiker und Mahner werden, wo im politischen Alltag die Vergangenheitsbewältigung der Verdrängung oder der Verharmlosung des Geschehenen zum Opfer zu fallen drohte. Sein besonderes Interesse galt der Parteijugend, die in die Freiheitskämpfergemeinschaft zu integrieren er nachdrücklich bemüht war.

Seine politische Bildung hatte sich Schlesinger als Autodidakt erworben, im täglichen Umgang mit den existentiellen Problemen arbeitender Menschen. Als überzeugtem Sozialisten war ihm Gefälligkeitsdemokratie jeglicher Spielart zutiefst zuwider.

In einem der auf dem Baumgartner Friedhof gehaltenen Nachrufe wurde sein Hingang in Würdigung seines stets gesellschaftsbezogenen politischen Wirkens mit einem Wort Otto Bauers gewertet, das dieser an den Bahnen der Schattendorfer Mordopfer Anfang 1927 gesprochen hat:

„Der hat die wahre Unsterblichkeit erlangt, die Unsterblichkeit, die jeder von uns haben kann, wenn er mitwirkt an dem, was das gemeinsame Erbe künftiger Generationen der Menschheit sein wird.“

Das politische und humane Vermächtnis, das Eduard Schlesinger hinterlassen hat, muß das Anliegen aller werden, die ihn gekannt und geschätzt haben.

HP

Margareten

Josef Kastinger †. Am 14. Juni 1988 hat uns unser lieber Freund und Genosse Josef Kastinger für immer verlassen. Genosse Kastinger war Sozialist von Jugend auf und beteiligte sich als Schutzbündler beim Reumannhof an den Februarkämpfen 1934. Für seinen politischen Einsatz wurde Genosse Kastinger zum Tode verurteilt, nach einer Intervention des Sekretärs der Sozialistischen Internationale Vandervelde bei der Schuschnigg-Regierung im Sommer 1936 zu 20 Jahren Haft begnadigt. Wir werden Genossen Kastinger niemals vergessen.



2 FRAU / 300000213
 BALLEK IRMA
 JUSTG. 6-14/1/1/7
 1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Niederösterreich

Ostseereise 1989 zu historischen Stätten. Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, Landesverband Niederösterreich, plant im Sommer 1989 mit dem „Fernsehtraumschiff“ MS „Berlin“ eine zehntägige Kreuzfahrt in der Ostsee zu unternehmen. Die Freiheitskämpfer Niederösterreichs sind als reisefreudig bekannt. Sie betrachten das Reisen in fremde Länder nicht allein als Vergnügen, sondern als wichtigen Kontakt mit Menschen in anderen Ländern. So besuchten sie im Laufe der letzten 15 Jahre alle Nachbarstaaten Österreichs sowie auch Polen, Dänemark, Norwegen, Schweden, England, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Israel und einen Teil der UdSSR.

Im Reiseprogramm 1989 sind unter anderem folgende Besuche vorgesehen: **Abfahrtschiff** Travemünde bei Lübeck, Deutschland; Kopenhagen und die Insel Bornholm, Dänemark; Gdingen und Danzig, Polen (wo fast auf den Besuchstag genau 50 Jahre vorher die ersten Salven des Zweiten Weltkrieges abgefeuert wurden); Leningrad, UdSSR; Helsinki, Finnland;

Stockholm, Schweden. **Ankunftshafen** Kiel, Deutschland.

Geplant ist diese zehntägige See-reise für die Zeit **von Mittwoch, den 23. August, bis Freitag, den 1. September 1989.**

Der Preis hängt von der Lage der Schiffskabine ab, zum Beispiel für eine Person, C-Deck, Doppelkabine (ein Unterbett, ein Oberbett) S 15.750.—; C-Deck, Einbettkabine S 26.460.—; A-Deck, Zweibettkabine S 22.370.—. **Zusätzlich ein drittes Bett (Oberbett) auf allen Decks möglich: S 11.970.—.** Im Preis: Kabine mit WC/Dusche, Vollpension, Telefon, Radio, Stornoversicherung. Anreise Wien—Travemünde und Rückreise Kiel—Wien werden für unsere Gruppe separat preisgünstig organisiert.

Anmeldungen bis Ende Oktober 1988

Wir ersuchen die Bundesmitglieder aus allen Bundesländern, ihr Interesse für diese Reise unverbindlich bis Ende Oktober bei Leo Lesjak, 1210 Wien, Skraupstraße 24/24/13, Telefon 0 22 2/39 78 95, anzumelden, worauf Sie auch weitere Informationen erhalten. Die Vergabe der Kabinen wird in der Reihenfolge der Anmeldung (S 3500.— Anzahlung) vorgenommen.

Flugreise nach Auschwitz

Auf Beschluß des Bundesvorstandes des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer wird

von 31. März bis 3. April 1989

eine Flugreise nach Auschwitz durchgeführt.

Reiseprogramm (Änderungen vorbehalten):

1. Tag: Flug Wien—Krakau
2. Tag: Stadtrundfahrt
Besichtigung der Renaissanceburg Pieskova
3. Tag: Fahrt nach Auschwitz-Birkenau
4. Tag: Vormittag frei, nachmittag Heimflug

Voraussichtlicher Preis einschließlich Vollpension: zirka 5000 Schilling.

Anmeldungen bis spätestens 15. November 1988 im Bundessekretariat.

Paul Bernstein zum Gedenken

Völlig unerwartet und plötzlich verstarb kürzlich unser von uns allen so hochgeschätzter Freund und Genosse Hofrat Paul Bernstein. 1916 geboren, besuchte er nach der Pflichtschule das RG II, genannt „Sperleum“, wo er 1934 maturierte.

Paul Bernstein war zeitlebens Sozialist. Schon während seiner Gymnasialzeit war er Mitglied der Sozialistischen Mittelschüler, bei denen er sich sehr aktiv betätigte. 1938 war auch für ihn ein Schicksalsjahr, er wurde verhaftet und verbrachte lange Zeit im KZ Buchenwald. Da seine Familie für ihn ein Visum nach Shanghai besorgen konnte, wurde er entlassen und emigrierte nach Shanghai. Auch dort war das Leben sicherlich nicht leicht, auch nicht für einen gutgebildeten und feinsinnigen Menschen wie Paul Bernstein.

Sobald als möglich kehrte er nach Kriegsende nach Wien zurück, wo er alsbald in den Bundesdienst treten konnte. Paul Bernstein, für seine überlegte, vernünftige Art, sich die Dinge realistisch zu überlegen, sehr geschätzt, machte im Sozialministerium Karriere, wurde wirklicher Amtsrat, Amtsdirektor und danach Regierungsrat. Paul Bernstein war federführend an der Opferfürsorgegesetzgebung beteiligt und war auch ein sehr geschätztes Mitglied der Sozialistischen Freiheitskämpfer. Mit seiner Pensionierung wurde Paul Bernstein zum Hofrat ernannt, eine Ehrung, die ihm nicht nur Freude machte, sondern die ihm auch gebührte.

Paul Bernstein war seit der Gründung des Bundes Werktätiger Juden Vorstandsmitglied und wurde auch Mandatar des Bundes im Kultusvorstand.

Genosse Bernstein stand zu seinen Überzeugungen und war wegen seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sehr beliebt. Ein Versprechen, das er sich während seiner KZ-Zeit selbst gegeben hatte, hielt er ein bis zum letzten Buchstaben: den Überlebenden zu helfen, soweit nur irgend möglich. **AKF**

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 15. September 1988.